

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929**

8.6.1929 (No. 130)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
E. Amend,  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 cm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Betretung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inferent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Schlussakt in Paris

#### Unterzeichnung des Gutachtens

Am gestrigen Freitag, abends 6 Uhr, ist nach vier Monate langer Konferenzdauer im Hotel Georges V. in Paris das Gutachten der Sachverständigen, das eine vollständige und endgültige Regelung der Reparationsfrage vorschlägt, unterzeichnet worden. Die Unterschriften erfolgten in alphabetischer Reihenfolge der englischen Landesbezeichnungen, zuerst von Belgien, dann Frankreich, Deutschland, England, Italien, Japan und schließlich die Vereinigten Staaten. Nach dem englischen Text wurde der französische Text herumgereicht, der jedoch nur paraphrasiert wurde, da seine Übersetzung noch nicht geprüft ist. Außerdem wurde ein Abkommen zwischen Deutschland und den Gläubigern über die Richtlinien für den Fall einer Ermäßigung der interalliierten Schulden durch die Vereinigten Staaten unterschrieben, woran die amerikanischen Delegierten natürlich nicht teilnahmen.

Nach der Unterzeichnung sprach der amerikanische Delegierte Young den Sachverständigen Glückwünsche aus. Ihre Aufgabe sei in der Tat schwer gewesen. Der Plan sei nicht ein im Geheimen von rein technischen Sachverständigen verfertigt, sondern er habe alle die allgemeinen Faktoren berücksichtigt, die eine Endregelung berühren, womit er auf den politischen Charakter der Konferenz anspielte. Er glaubte er sich für die übrigen Delegierten in Anspruch nehmen zu können, daß sie wie Geschäftsleute gearbeitet hätten und nicht den Meinungen ihrer Regierungen, sondern den Meinungen der Völker gefolgt seien.

#### Berliner Stimmen zum Sachverständigenbericht

Zu dem Schlussbericht der Reparationsfachverständigen wird im „Berliner Tageblatt“ ausgeführt: Trotz aller anerkennenden Endgültigkeit der neuen Reparationsregelung darf man wohl die Hoffnung hegen, daß Deutschland nicht erst nach 53 Jahren und nach Abtragung der Kapitalsumme von 35 Milliarden von seiner Reparationspflicht befreit werden wird. Der Streit um die Reparationen ist nun zu Ende. Damit beginnt eine neue Periode der deutschen Wirtschaftsentwicklung. Die ökonomische Selbständigkeit ist Deutschland wieder gegeben, und was jetzt geschieht, geschieht auf Grund uneingeschränkter eigener Verantwortung. In der „Vossischen Zeitung“ heißt es: Die Vorstellung ist absurd, daß ein Land zwei Generationen lang den anderen Völkern Kriegsschuldigkeiten zahlen soll. Auch im Lager der alliierten Mächte und vor allem in den Vereinigten Staaten wird eines Tages die wirtschaftliche Vernunft siegen, und wenn nicht zu einer völligen Amnustierung, so doch zu einer vernünftigen Herabsetzung der internationalen Kriegsschuldigkeiten führen müssen. Was dahin gilt es, Vertrauen in die Zukunft zu haben und mit ungebrochener Kraft an dem Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zu arbeiten.

#### Franszösische Blätter zum Young-Plan

W.D. Paris, 8. Juni (Tel.) Nur wenige Blätter beschäftigen sich bereits in Artikeln mit dem gestern unterzeichneten Bericht.

Das „Echo de Paris“ schreibt: Der Hauptfehler des Young-Planes — übrigens die Wiederholung eines Fehlers des Dawes-Planes — beruht darauf, daß er von der Voraussetzung ausgeht, daß Deutschland sich loyal mit dem Gedanken abgefunden habe, daß es 50 Jahre lang seine Besieger und Gläubiger schuldig halten müsse. „Deuxième“ schreibt: Youngs Plan kann die endgültige Regelung der internationalen Probleme bedeuten, aber lediglich unter der Voraussetzung, daß die Verbindung, die er zwischen den Kriegsschulden und den Reparationen herstellt, von allen tatsächlich als unlösbar angesehen wird. Der radikale „Quotidien“ nennt den Bericht einen Fortschritt. Jetzt, wo er fertig vorliegt, gelte die technische Seite der Frage abgeschlossen. Nimmereher sei die Politik zu ihrem Recht.

#### Englische Stimmen

W.D. London, 8. Juni (Tel.) „Daily Mail“ erklärt in einem Pariser Telegramm, daß unter der Voraussetzung der Billigung des Young-Planes durch sämtliche Regierungen die Räumung des Rheinlandes sicher scheint. Ebenso berichtet „Morningpost“ aus Paris: In Kreisen der Sachverständigen hofft man, daß die Regierungen in der Lage sein werden, die Zurückziehung der Besatzungstruppen am 1. September zu vereinbaren.

„Daily Telegraph“ stellt fest: Das Aufheben der deutschen Verpflichtung, über den 1. August hinaus für die Besatzungskosten aufzukommen, bedeutet, vorausgesetzt, daß der Sachverständigenbericht angenommen wird, eigentlich bereits die Räumung des Rheinlandes zu diesem Zeitpunkt.

„Daily Telegraph“ berichtet aus New York, daß im Falle der Abhaltung einer Konferenz, auf der der Young-Plan formell angenommen wird, die Vereinigten Staaten sich, wie man glaubt, durch General Dawes vertreten lassen werden.

#### Die französischen Frontkämpfer gegen den Youngplan

W.D. Paris, 8. Juni (Tel.) Die Nationale Vereinigung der Frontkämpfer hat heute in allen Orten Frankreichs einen Protest gegen den Young-Plan platziert. Es heißt auf den Plakaten: „Franzosen! Nachdem Ihr den Blutzoll entrichtet habt, werdet Ihr für Euch und Eure Kinder zugeben, daß Ihr die Kriegskosten zahlt und so die Sklaven der deutsch-amerikanischen Finanz werdet? Die ehemaligen Frontkämpfer lehnen das ab!“

Reichsaussenminister Dr. Stresemann hat in Begleitung seiner Gemahlin am Freitag in San Sebastian seine Reise nach Madrid unterbrochen. Er reist heute nach Madrid weiter.

### Letzte Nachrichten

#### Ein Weltbündnis

W.D. Berlin, 8. Juni (Tel.) Das Auswärtige Amt hat dem Reichstag das Abkommen über die Gründung eines Weltbündnisses zur Ratifizierung übermittelt. Das Abkommen, das einen Plan für den Zusammenschluß aller Staaten zur gegenseitigen Hilfeleistung bei Katastrophen enthält, ist auf italienische Initiative zurückzuführen und vom Völkerbund beschlossen worden. Es ist bisher von 30 Staaten gezeichnet, zu denen auch Italien, Frankreich und Belgien gehören.

#### Volkspartei und Konfordat

W.D. Berlin, 8. Juni (Tel.) Die preussische Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei wird am Montag, den 10. Juni, in einer Sitzung sich mit dem preussischen Konfordat beschäftigen. Die Volkspartei will dem Ministerpräsidenten ihre Stellungnahme zum Konfordat erst dann mitteilen, wenn der Vertrag ihr in seinem Wortlaut vorgelegt worden ist. Die in der gestrigen Besprechung von der Regierung gegebene Inhaltsangabe wird als nicht ausreichend betrachtet.

#### Tumulte in Limoges

W.D. Paris, 8. Juni (Tel.) Anlässlich der Urteilsfällung in dem Senationsprozess Barataud kam es gestern in Limoges zu schweren Zusammenstößen zwischen der Polizei und der Menge, die das gegen den Angeklagten ergangene Urteil als zu mild empfand. Es handelte sich um einen Doppelmörder. Die Geschworenen hatten jedoch infolge eines Irrtums ihm mildere Umstände zugebilligt, so daß nur noch die Verurteilung zu lebenslänglichem Zuchthaus in Frage kam. Vor dem Gefängnis entwickelte sich ein regelrechter Kampf zwischen der Polizei und der Menge, die sich mit herausgerissenen Gießereistücken bewaffnet hatte. Drei höhere Polizeibeamte, 14 Polizisten und zahlreiche an den Tumulten beteiligte Zivilpersonen haben Verletzungen davongetragen. Es wurde daraufhin Militär zur Aufrechterhaltung der Ordnung mit herangezogen. Der Prozess, der das Interesse der Öffentlichkeit in ungewöhnlichem Maße in Anspruch genommen hat, war von kommunistischer Seite zu einer Reihe gegen die bürgerlichen Kreise der Stadt, denen der Angeklagte angehört, ausgeübt worden. Man fürchtete den Ausbruch der Tumulte auf diese Propaganda zurück.

#### Neue Zusammenstöße in Lemberg

W.D. Warschau, 8. Juni (Tel.) Die Lage in Lemberg hat sich neuerdings verschärft. Gestern ist es abermals zu schweren Zusammenstößen zwischen der Polizei und den nationalen Studenten gekommen. 2000 bis 3000 Studenten beteiligten sich an einem Aufzug, worauf sie unter dem Rufe „Nieder mit der Regierung“ in zwei großen Trupps die Straßen durchzogen. Einige Polizisten und zahlreiche Studenten erlitten Verletzungen durch Kolbenstöße, Messerstiche usw. In jenen wurden etwa 20 Personen verwundet. Zahlreiche Verhaftungen sind erfolgt.

#### Regierung und Kirche in Mexiko

W.D. Mexiko, 8. Juni (Tel.) Präsident Cortez Gil, gab dem Neuter-Korrespondenten die erste offizielle Bestätigung der seit einiger Zeit in der Presse umlaufenden Gerüchte, daß der Besuch des Erzbischofs von Mexiko, Ruiz y Flores, der morgen abend eintreffen wird, Verhandlungen über die Kirchenfrage zum Zweck hat. Erzbischof Ruiz wird von dem Bischof Diaz begleitet sein. Die eigentlichen Verhandlungen werden voraussichtlich am Montag aufgenommen.

#### Die Reichsteuereinnahmen im Rechnungsjahr 1927

Nach endgültiger Feststellung betragen im Rechnungsjahr 1928 die Reichsteuereinnahmen insgesamt 9 024,4 Millionen Reichsmark. Das Haushaltsjahr von 8 862,0 Millionen Reichsmark ist also um 162,4 Millionen Reichsmark überschritten worden.

An dem Mehraufkommen sind hauptsächlich Überweisungssteuern beteiligt. Die Länder haben infolgedessen im Rechnungsjahre 1928 insgesamt 198,3 Millionen Reichsmark mehr an Anteilen aus den Überweisungssteuern erhalten, als sie nach dem Haushaltsanschlag 1928 erwarten konnten. Diesen Mehraufkommen an die Länder in Höhe von 198,3 Millionen Reichsmark steht nur die oben erwähnte Gesamteinnahmehöhe des Reiches in Höhe von 162,4 Millionen Reichsmark gegenüber. Den Unterschiedbetrag muß das Reich aus dem ihm zustehenden Steuereinnahmen decken. Das Reich schließt also im Etat 1928 auf der Einnahmeseite bei den Reichsteuern mit einem Fehlbetrag von 35,9 Millionen Reichsmark ab.

Der Gesetzentwurf zur Verlängerung des Gesetzes zum Schutze der Republik ist jetzt auch dem Reichstag zugeleitet worden. Die Geltungsdauer wird um drei Jahre verlängert. Die materiellen Strafvorschriften sind größtenteils in das neue Strafgesetzbuch eingeführt worden, dessen Inkrafttreten aber vorläufig noch nicht zu erwarten ist.

Die Lohnerbhöhung für die Reichsarbeiter. Die neuen Verhandlungen im Reichsfinanzministerium über die Neuregelung der Löhne der Reichsarbeiter haben laut „Vorwärts“ nunmehr eine Plattform geschaffen, auf der eine Einigung möglich ist. Der endgültige Abschluß der Beratungen erfolgt am kommenden Dienstag. Die Grundlinien, nach denen die Lohnerbhöhungen vorgenommen werden sollen, sind am Freitag in einer persönlichen Aussprache der Organisationsvertreter mit dem Reichsfinanzminister bereits festgelegt worden.

### Das Gutachten der Sachverständigen

#### Aus dem Inhalt des Berichts

Der Bericht des Sachverständigenausschusses über die Reparationsfrage ist in 12 Abschnitte geteilt. Die ersten Abschnitte behandeln

#### die Arbeit der Sachverständigen.

Es heißt darin, man sei zu dem Ergebnis gekommen, daß es nicht möglich war, eine Lösung auf wirtschaftlicher Grundlage zu finden, weil sich die Sachverständigen gewissen finanziellen und politischen Notwendigkeiten gegenüber gesehen hätten. Die Entscheidung hätte daher nicht nur aus wirtschaftlichen Erwägungen aufzubauen werden können, man habe vielmehr bis zu einem gewissen Grade auch politische Zweckmäßigkeitsgründe berücksichtigen müssen.

#### Prüfung der deutschen Wirtschaftslage

Der Bericht beschäftigt sich dann eingehend mit der allgemeinen Wirtschaftslage und den Zukunftsmöglichkeiten Deutschlands. Es wird ausgeführt, daß die Betrachtungen, die von den deutschen Sachverständigen in den zahlreichen Erörterungen des Ausschusses und in Verantwortung der an sie gerichteten Fragen angestellt worden seien, die Schlussfolgerungen des Ausschusses nachhaltig beeinflusst hätten. Während die nichtdeutschen Sachverständigen zu der Ansicht gekommen seien, daß die Fähigkeit Deutschlands, jährliche Summen in der Größenordnung des Dawesplanes im Wege innerer Besteuerung oder Anleiheaufnahmen aufzubringen, nicht ernstlich in Zweifel gezogen werden könne, hätten die deutschen Sachverständigen die Auffassung vertreten, daß das ausländische Kapital, das in den letzten 5 Jahren nach Deutschland geflohen sei, die steuerliche Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nur vorübergehend gesteigert habe. Demgegenüber kam der Ausschuss in seiner Gesamtheit zu dem Ergebnis, daß, wie weit auch immer die Unsicherheit über die Steuerlage als beseitigt angesehen werden mag, jedenfalls hervorgehoben werden müsse, daß er nicht in der Lage sei, aus der tatsächlichen Entwicklung der letzten 4 oder 5 Jahre einen endgültigen Schluss auf die wirkliche Transferfähigkeit Deutschlands zu ziehen.

Aus der Höhe der ausländischen Kapitaleinfuhr nach Deutschland zogen die deutschen Sachverständigen den Schluss, daß die Kapitalbildung in Deutschland den vorhandenen Bedarf nicht gedeckt habe und auch in Zukunft nicht decken könne, und daß daher die Forderung der Bezahlung regelmäßiger Annuitäten der im Dawesplan vorgesehenen oder auch wesentlich niedrigeren Beträge von der fortbauenden Fähigkeit Deutschlands, im Ausland zu borgen, abhängig sei. Dies aber bedeute eine mittelbare Leistung aus der deutschen Substanz.

Die nichtdeutschen Sachverständigen hätten demgegenüber betont, daß es sich bei den vergangenen Jahren nur um eine Übergangsperiode gehandelt habe und daß der in ihr durchgeführte Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft höhere Werte als die von Deutschland geborgten Summen geschaffen habe. Diese Übergangsperiode sei nunmehr abgeschlossen, und man sehe jetzt einem langen Zeitraum entgegen, in dem der deutsche Kapitalbedarf verhältnismäßig niedrig sein und die wiederhergestellte deutsche Produktionskraft eine ständige Ausdehnung des Exports ermöglichen werde.

Mit dem Ergebnis der Konferenz glaube man allen Bedürfnissen Deutschlands gerecht geworden zu sein, zumal auch für die Zeit vorübergehender Schwierigkeiten durch die Möglichkeit eines Transfers und eines Aufbringens aus dem Ausland Vorkehrungen getroffen worden seien.

#### Der fünfte Abschnitt gibt ein Bild über die wesentlichen Einzelheiten des Verhandlungsganges

über den Schluß der Konferenz wird gesagt, daß man sich schließlich vorbehaltlich gewisser Einzelheiten, zu denen auch die belgische Marktfrage gehören, auf eine Durchschnittsannuität von 2050,6 Millionen Goldmark geeinigt habe, die die Basis für die ausgearbeiteten Vorschläge des Ausschusses bilde. Alsdann wird im Abschnitt 6 näher auf die neu zu gründende

#### internationale Bank

eingegangen, die angesichts des finanziellen Charakters des Reparationsproblems für die Durchführung der zahlreichen mit ihm verbundenen Aufgaben erforderlich sei. Der mit dem Dawesplan begonnene Prozess der Überleitung des Reparationsproblems von dem politischen auf das finanzielle Gebiet wird so einen Schritt weitergebracht.

Die Organisation der Bank wird außerhalb des Gebietes politischer Einflüsse liegen und ihre Befugnisse und ihr Wirkungsbereich werden weit genug sein, um sie zu befähigen, die mit der Regelung der Verpflichtungen verbundenen Probleme mit der nötigen Freiheit und Schnelligkeit zu behandeln. Die Kontrolle über die Geschäftsführung der Bank solle in Händen der Zentralbanken der beteiligten Länder liegen, deren Präsidenten von Amts wegen Mitglieder des Verwaltungsrats der Bank werden sollten. Durch die Ernennung je eines weiteren Mitgliedes von seitens jedes Landes und der Ernennung je eines besonderen dritten Vertreters von Frankreich und Deutschland werde die Zahl der Mitglieder des Verwaltungsrats zunächst bis zu 16 betragen. Diese hätten ihrerseits das Recht, sich durch Zuwahl weiterer Mitglieder neuen Mitglieder zu ergänzen. Das Stimmrecht soll von dem Besitz der Anteile losgelöst sein, auch in verhältnismäßigem Umfang den Zentralbanken der Länder zustehen, in denen die Emissionen der Anteile durchgeführt worden sind.

Die Zentralbanken der sieben, durch ihre Vertreter an dem Sachverständigenausschuss beteiligten Länder sollen unter Einziehung der Zentralbanken anderer Länder, die an der Reparationsfrage interessiert sind, das Kapital bilden, wobei

auf sieben Länder zusammen nicht weniger als 25 Proz. der Kapitale entfallen dürfen.

**Für die Bemessung der Höhe der Annuität**  
ist nicht maßgebend gewesen, daß in Deutschland, wie in jedem anderen Lande, zeitweilige Schwierigkeiten entstehen können, sondern die Beurteilung geht von normalen Zeiten aus. Andernfalls wären die Vorschläge für die Gläubiger nicht annehmbar gewesen. Der Ansicht der deutschen Sachverständigen, die eine Haftung dafür, daß die Gesamterfüllung innerhalb der deutschen Leistungsfähigkeit läge, nicht übernehmen wollten, ist dadurch Rechnung getragen worden, daß für schwierige Zeiten die Möglichkeit eines Transferaufschubes gegeben ist. Die Sachverständigen der Hauptgläubigermächte halten die Annuitäten in voller Höhe für ausführbar und übertragbar, aber nur durch die Einlegung eines aufschiebbaren Teils ist es den deutschen Sachverständigen möglich geworden, die Gesamtlösung anzunehmen. Das System der Sachlieferungen ist für eine bestimmte Übergangszeit von 10 Jahren beibehalten worden, um wirtschaftliche Erschütterungen Deutschlands zu vermeiden.

#### Die Annuitäten

Der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Youngplans und des Außerkräfttretens des Dawesplanes soll durch die Regierungen festgelegt werden. Die Sachverständigen gehen davon aus, daß der Dawesplan am 31. August 1929 außer Kraft treten und der neue Plan am 1. September 1929 in Kraft treten soll.

Die Annuitäten sind so aufgestellt, daß das Annuitätswort vom 1. April 1930 ab mit dem deutschen Haushaltsjahr zusammenfällt. Der Annuitätenplan sieht vor:

1. September 1929 bis 31. März 1930	742,8 Mill. RM
1. April 1930 bis 31. März 1931	1707,9 Mill. RM
1. April 1931 bis 31. März 1932	1686,0 Mill. RM
1. April 1932 bis 31. März 1933	1738,2 Mill. RM
1. April 1933 bis 31. März 1934	1804,8 Mill. RM

Die Zahlungen steigen dann weiter laufend von Jahr zu Jahr bis auf 2427,5 Millionen im Jahre 1965—1966, und setzen sich dann allmählich. Sie betragen:

Im Jahre 1930 bis 1931	1687,6 Mill. RM
1931 bis 1932	1691,8 Mill. RM
1932 bis 1933	1703,2 Mill. RM
1933 bis 1934	1683,4 Mill. RM
1934 bis 1935	1925,1 Mill. RM
1935 bis 1936	1931,4 Mill. RM
1936 bis 1937	1907,9 Mill. RM

Die in fremder Währung zahlbare Annuität zerfällt in zwei Teile, einen in halbmönatlichen Raten zahlbaren un-aufschiebbaren Teil von 860 Millionen Reichsmark jährlich (einschließlich des Zinseszinses aus der Dawesanleihe von 1924) und den restlichen, in monatlichen Raten zahlbaren Teil, für den der Übertragungsaufschub und teilweise auch ein Aufbringungs-aufschub zugelassen ist.

Nicht mehr enthalten sind in den Annuitäten die Kosten für die fremden Kommissionen und die Befragungskosten, da diese nur bis zu einem von den Regierungen gleichzeitig mit den Abmachungen über die Annahme des Planes vereinbarten Zeitpunkt zu zahlen seien. Im übrigen sollen Deutschlands frühere Verpflichtungen durch die Verpflichtungen des neuen Plans vollständig ersetzt werden.

**Zusammensetzung der Annuität, Quellen u. Sicherheiten**  
Für die Reparationsleistungen wird die Hauptsicherheit nunmehr in der feierlichen Übernahme der Verpflichtung durch die deutsche Regierung gesehen, die durch keine andere Garantie verpfändbar ist.

Demzufolge empfiehlt der Ausschuss den Gläubigerregierungen, das Erforderliche zu veranlassen, um alle noch bestehenden Kontrollen, Pfänder oder Belastungen freizugeben. Die Reichsbahnobligationen sollen fort und ebenso die bestehende Mitwirkung von Ausländern in der Verwaltung. Die Reichsbahn soll lediglich für die Dauer von 37 Jahren eine Steuer von 600 Millionen Reichsmark jährlich zahlen und entsprechende Zertifikate der Bank für internationale Zahlungen übergeben. Die Steuer wird von den Bruttoerträgen der Bahn erhoben und hat den Rang hinter den Personalausgaben, steht im gleichen Rang mit den Ausgaben für Material und laufende Erneuerung und im Vorrang vor etwaigen Steuern, sowie vor Hypotheken und sonstigen Reichsbahnverbindlichkeiten. Die Industriebelastung fällt als internationale Belastung fort.

#### Ansteigende Annuität

Der Wohlfahrtsindex des Dawesplanes ist fortgefallen. Der Teil der nicht aufschiebbaren Annuität ist mit 860 Millionen Reichsmark im Interesse des deutschen Kredits vorsichtig bemessen. Der aufschiebbare Teil der Annuität ist dazu bestimmt, einer Lage Rechnung zu tragen, die in einer Zeit besonderen wirtschaftlichen Notstandes entstehen können. Deutschland ist aus eigener freier Initiative ermächtigt, bis zur Höhe des aufschiebbaren Teiles der Annuität nach drei Monaten vorher erfolgter Anzeige einen Transferaufschub zu verlangen.

Seine Verpflichtungen aus dem neuen Plane hat Deutschland erfüllt, wenn alle ausgeschobenen Übertragungen abgedeckt sind. Ein Jahr nach dem Inkrafttreten des Transferaufschubes kann Deutschland für die Hälfte des Betrages, dessen Übertragungen ausgeschoben sind, die Bezahlung selbst aufschieben (Zahlungsaufschub).

Deutschland ist nach freiem Ermessen berechtigt, zu erklären, daß seine Währung und Wirtschaft durch teilweise oder vollständige Bezahlung des aufschiebbaren Teiles ernsthaft gefährdet werden könnte (Revisionsklausel). In jedem Falle des Aufschiebes, wie des Inkrafttretens der Revisionsklausel tritt ein Sonderauschuss bei der Internationalen Bank zusammen.

#### Sachlieferungen

Wenn auch keiner die unbegrenzte Fortsetzung der Sachlieferungen wünscht, sind sie doch für die nächsten 10 Jahre aufrechtzuerhalten worden, weil ihre plötzliche Aufhebung für die Wirtschaftslage Deutschlands Schwierigkeiten mit sich bringen würde. Für Sachlieferungen sind vorgegeben im ersten Jahre 750 Mill. Reichsmark. Der Betrag sinkt bis zum 10. Jahre auf 300 Millionen Reichsmark.

#### Liquidierung der Vergangenheit

Um so schnell wie möglich eine allgemeine Abwicklung der durch den Krieg und den Versailler Vertrag aufgeworfenen finanziellen Fragen und dadurch in Europa endgültig wieder normale und wirtschaftliche Zustände herbeizuführen, empfiehlt der Ausschuss den Regierungen, einen Ausgleich im Geiste gegenseitigen Entgegenkommens mit dem Ziel, einen endgültigen Strich unter die Rechnungen der Vergangenheit zu machen.

Die Gesamthaftung Deutschlands für die Reparationsverpflichtungen Österreichs, Ungarns und Bulgariens hört auf. Die Gläubigermächte sollen auf die ihnen aus dem Versailler Vertrag zuzehenden Beschlagnahme- und Liquidationsrechte verzichten.

#### Kommerzialisierung und Mobilisierung

Aber die geschuldeten Annuitäten liefert Deutschland der Internationalen Bank, als dem Treuhänder der Gläubigermächte, ein Schuldzertifikat aus.

Auf Verlangen der Internationalen Bank hat Deutschland Bonds auf den Namen des Reiches unter Garantie des Rei-

ches und seiner Länder über ein Kapital auszustellen, durch das ein Teil der Annuitäten kapitalisiert wird. Unter bestimmten Voraussetzungen hat die Bank dieses Verlangen an Deutschland zu stellen, wenn ein Gläubigermacht eigene Anleihen auf diese Weise zu konvertieren wünscht.

#### Der neue Plan und der Dawesplan

Unter Anerkennung der Dienste, die der Dawesplan geleistet hat, werden die Gründe für seinen Ersatz durch den neuen Plan angegeben.

Der neue Plan enthält eine bestimmte Zahl der Annuitäten und eine feste Höhe der Annuitäten. Der Wohlstandsindex ist beseitigt, und zwar zugunsten Deutschlands. Die finanzielle Leistungsfähigkeit Deutschlands ist wiederhergestellt. Das bisherige Kontroll- und Transferystem war krediterschädigend und verhinderte dadurch eine Mobilisierung.

Zusammenfassend wird ausgeführt, daß die Reparations-schuld nunmehr nicht anders sei wie eine sonstige durch internationale Abkommen geregelte Schuld, daß damit der Umfang der Verpflichtungen genau festgelegt sei und jede Unsicherheit ausgeschaltet werde.

#### Schlussbestimmungen

Der Ausschuss spricht unter besonderer Hervorhebung der Verantwortlichkeit für diese Erklärung aus, daß die finanziellen Verpflichtungen innerhalb der Zahlungsfähigkeit Deutschlands liegen, aber er macht einen Vorbehalt. Alles hängt von der künftigen Haltung der beteiligten Länder ab. Die Lösung des Problems ist nicht nur eine Aufgabe Deutschlands, sondern eine gemeinsame Aufgabe von Gläubigern und Schuldern. Der Erfolg ist durch gegenseitiges Vertrauen bedingt.

Schließlich wird unter Jitterung der betreffenden Stelle des Dawesplanes bemerkt, daß auch der neue Plan ein unteilbares Ganzes sei.

#### Aus dem Reichstag

**Der Justizetat — Abgelehntes Mißtrauensvotum**  
Im Reichstag kam am Freitag der Haushalt des Reichsinnenministeriums zur 2. Beratung. Vor einem Großkampftag zwischen Kommunisten und Volksheimisten erwartet hatte, kam nicht auf seine Rechnung.

Der kommunistische Abgeordnete Ried verlas seine Begründung der kommunistischen Interpellationen wegen der Vorgänge mit festigen Angriffen gegen die Sozialdemokratie und die von ihr gestellten Minister und Polizeichefer, aber im ganzen war die Stimmung friedlicher als oft bei anderen Gelegenheiten. Auch sonst waren die politischen Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Parteien auf einen ruhigen Ton gestimmt.

Abg. Freiherr von Kardorff von der Deutschen Volkspartei nahm den bevorstehenden 10. Jahrestag der Weimarer Verfassung zum Anlaß, um die großen Leistungen hervorzuheben, die unser Volk in diesen Notjahren vollbracht hat. Er stellte sich auf den Boden der Republik, verlangte aber auch Achtung vor der deutschen Vergangenheit. Der sozialdemokratische Abgeordnete Solmann sprach sich gegen die Zugehörigkeit von Beamten zum Stahlhelm aus und wandte sich gegen Zensurbestrebungen. Der deutschnationale Abg. Berndt verlangte eine Revision der Weimarer Verfassung im Sinne der bestellten Vorschläge seiner Partei. Abgeordneter Dr. Schreiber vom Zentrum forderte ein energisches Vorgehen gegen die Bürgerkriegspropaganda von rechts und links. Abgeordneter Dr. Wehr von der Wirtschaftspartei sprach sich gegen die von den Deutschnationalen und vom Stahlhelm gemachten Reformvorschlüge zur Verfassung aus und meinte, die dringende Forderung sei eine Reform der parlamentarischen Praxis im Sinne größerer Sparsamkeit. Von allen Rednern, die zum Worte kamen, wurde die Dringlichkeit einer Änderung des bestehenden Wahlrechts genehmigt.

Der Reichsinnenminister Severing wird voraussichtlich in der Samstagtagung, die schon um 12 Uhr begann, die kommunistische Interpellation beantworten.

Bei den am Freitag nachträglich vorgenommenen Abstimmungen zum Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums wurde auch das kommunistische Mißtrauensvotum gegen den Minister gegen die Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten abgelehnt.

In der heutigen Samstagtagung griff bei Fortsetzung der Beratung des Haushalts des Reichsministeriums des Innern Abg. Dr. Kütz (Dem.) das Wort. Er erwartete, daß der Minister auch seine Aufgabe in einer starken Festigung des republikanischen Staates sehe. Von diesem Gesichtspunkte aus sei ein entschiedenes Vorgehen gegen Rechts und Links zu begrüßen, wenn gegen die Staatsordnung angeknüpft werde. Zur Vorbereitung der Reichsreform gehöre auch die Reform des Wahlrechts.

**W.D. Berlin, 8. Juni. (Tel.)** Dem Reichstag liegt wieder einmal eine Übersicht von Antworten vor, die die Reichsregierung auf Entschuldigungen des Reichstages erteilt hat. So wird mitgeteilt, daß zur Zeit eine Denkschrift über die Ursachen der zunehmenden Einfuhr ausländischer Nahrungsmittel ausgearbeitet und in Kürze vorgelegt werden wird. Ein Gesetzentwurf, der die zur Zeit noch nicht erfassten Betriebe und Tätigkeiten in die Unfallversicherung einbezieht, ist in Vorbereitung.

Auf die vom Reichstag gelegentlich der Beratung des Kelloggpatentes angenommene Entschuldigungs-erteilung der Reichsregierung: Die Reichsregierung erklärt schon jetzt, daß sie das Inkrafttreten des Patentes als ein neues Mittel benutzen wird, um mit Nachdruck auf die Herbeiführung der allgemeinen Abrüstung sowie auf den Ausbau der Möglichkeiten zur friedlichen Beseitigung vorhandener und entstehender Gegensätze der Völkerinteressen und offenkundiger Ungerechtigkeiten hinzuwirken. — Die Reichsregierung teilt weiter mit, daß eine Vorlage betr. Änderung der Fürsorgepflichtverordnung und der Reichsgrundzüge über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge zur Verbesserung der Armenunterstützung in Vorbereitung sei. Schließlich soll in etwa sechs Wochen eine Novelle zur Angestelltenversicherung vorgelegt werden.

**Rärmiszenen im Bayerischen Landtag.** Im Bayerischen Landtag kam am Freitag, als bei der Beratung des Kultusetats eine von den Nationalsozialisten verlangte Aussprache über Ritualmordangelegenheiten nicht zugelassen wurde, zu Rärmiszenen.

**Das Frauenstimmrecht in der Schweiz.** In Bern haben etwa 150 Frauen aus allen Teilen der Schweiz im Parlamentsgebäude die Unterzeichnungslisten für das Frauenstimmrecht überreicht. Es sind im ganzen über 248 000 Stimmen für Einführung des Frauenstimmrechts gesammelt worden.

**Lehrerstreik in Frankreich.** Der am 16. Mai abgehaltene Kongress der französischen Lehrer hatte sich mit der Frage der Gehaltserhöhung beschäftigt und gegen die von der Regierung geplanten Maßnahmen Einspruch erhoben unter Androhung eines Lehrerkriegs bei den nunmehr beginnenden Abschlußprüfungen. Da die Regierung den Forderungen bisher nicht nachgegeben hat, ist der Streik in den einzelnen Departements, so in den Departements Loire, Allier, Seine, Nord, Finistère und Jura bereits verwirklicht worden.

## Die Regierungsbildung in England

### Das Kabinett der Arbeiterpartei

**W.D. London, 8. Juni. (Tel.)** Die Mitglieder des Kabinetts MacDonalds, die heute vormittag in Windsor aus den Händen des Königs die Amtseigeln in Empfang genommen haben, werden heute nachmittag zum erstenmal zusammenzutreten.

Die neue Regierung ist folgendermaßen zusammengesetzt: Premierminister: MacDonald, Schatzkanzler: Snowden, Auswärtige Angelegenheiten: Arthur Henderson, Dominions: Sydney Bess, Indien: Wedgwood Benn, Lordgeheimsekretär: J. D. Thomas, Inneres: J. N. Clynes, Luftfahrt: Thomson, Kriegswesen: Thom Shaw, Gesundheitswesen: Greenwood, Arbeit: W. J. Bondfield, Verkehr: Noel Buxton, Unterrichts-wesen: Sir C. Trevelyan, Handel: William Graham, Erster Lord der Admiralität: A. B. Alexander, Justiz: Sankey, Sekretär für Schottland: Adamson, Erster Kommissar für Arbeiten: Lansbury.

Die bisher Genannten sind Mitglieder des Kabinetts. Ferner wird Kanzler des Herzogtums Lancaster: Sir O. Ross, Attorney General: Jowitt, Solicitor General: Melville, Minister für Pensionen: Roberts, Minister für das Transportwesen: Morrison, Generalpostmeister: Lee Smith, Generalzahlmeister: Arnold.

**W.D. London, 8. Juni.** Die Regierung der Arbeiterpartei findet in der Presse eine günstige Aufnahme. Zwei Tages-sachen werden in den Blättern der Opposition übereinstimmend hervorgehoben: Der gemäßigtere Charakter, der sich in der Zusammensetzung des neuen Kabinetts ausprägt, und die Ausschaltung des linken Flügels der Arbeiterpartei bei der Zusammensetzung des Ministeriums.

Die Wahl Hendersons zum Staatssekretär des Außeren begegnet einiger Kritik, wobei jedoch gleichzeitig betont wird, daß er zum Teil durch den Wunsch MacDonalds zu erklären, selbst die Außenpolitik des Landes maßgebend zu beeinflussen.

Im Organ der Arbeiterpartei selbst wird das Programm der neuen Regierung durch ihre Benennung „Kabinetts des nationalen Wiederaufbaues“ gekennzeichnet.

Im „Daily Telegraph“ wird ausgeführt: Wir können uns keine sozialistische Regierung denken, die Vertrauen einflößen kann. Aber die eben gebildete gibt wenigstens keinen Anlaß zu besonderen Befürchtungen. Die Ernennung Hendersons zum Staatssekretär des Außeren kann nicht gerade begrüßt werden, aber niemand zweifelt daran, daß MacDonalds beabsichtigt, das entscheidende Wort über den Kurs der britischen Außenpolitik selbst zu sprechen.

### Kurze Nachrichten

**Zur Frage der Arbeitslosenversicherung.** Die interfraktionelle Besprechung der Regierungsparteien mit dem Reichsarbeitsminister über die Reform der Arbeitslosenversicherung wurde am Freitag in Berlin fortgesetzt. Es wurde beschlossen, die noch strittigen Fragen des Sofort-Programms in einer am nächsten Dienstag beginnenden Aussprache der sozialpolitischen Sachverständigen der Regierungsparteien zu klären.

**Tagung des Reichsverbandes der deutschen Presse.** Die dies-jährige Hauptversammlung des Reichsverbandes der deutschen Presse wurde Freitag in Bremen durch den Vorsitzenden, Prof. Georg Bernhard, eröffnet. Abends fand ein Empfang im Rathaus statt. Auf eine Begrüßungsansprache von Senator Aeltz antwortete Prof. Bernhard. Er betonte besonders die erforderliche Zusammenarbeit zwischen der Presse und der Öffentlichkeit.

**Schiedspruch für den ober-schlesischen Kohlenbergbau.** Die Verhandlungen zur Beilegung des Lohnkonflikts im ober-schlesischen Kohlenbergbau in Gleiwitz führten zu einem Schieds-spruch, demzufolge die Löhne der Bergarbeiter um 4 Proz. erhöht werden sollen. Der Vertrag soll bis zum 31. Oktober 1930 Geltung haben. Die Parteien haben sich bis zum 12. Juni über Annahme oder Ablehnung des Schieds-spruchs zu erklären.

## Badischer Teil

### 6. Badischer Ärztetag

Der in Baden-Baden abgehaltene 6. Badische Ärztetag war von etwa 200 Ärzten aus allen Teilen Badens besucht.

Dr. Wampell, Mannheim, der Vorsitzende der Ärztlichen Landeszentrale Baden, wies in seinen einleitenden Worten darauf hin, daß es das Bestreben der badischen Ärzteschaft sei, neben dem rein wissenschaftlichen Ziel stets die Weiterentwicklung ärztlichen Wissens und Könnens zu fördern. Der Vorsitzende der Badischen Ärztekammer, Direktor Dr. Garmy, Mannheim, betonte, daß Ärztekammer und Ärztliche Landeszentrale in enger Fühlung miteinander gemeinsam alle Fragen des ärztlichen Standes zu bearbeiten und zu lösen bestrebt sind. Dr. Gaben, Mannheim, berichtete über die Tätigkeit der Ärztlichen Landeszentrale, insbesondere über den Stand der Versorgungslasse für badische Ärzte.

Dr. Höbentanz, Berlin, referierte über „Gesundheitsförderung und Arzte“, ein Thema, das in der alten und neuen wieder vergessenen Weisheit gipfelt, daß ohne die tätige Mitwirkung der Ärzteschaft eine Gesundheitsfürsorge unmöglich ist. Die Aufgabe des Arztes, sich in den Gesundheitsdienst der Bevölkerung zu stellen, kann naturgemäß nur der Erwerb von einer Ärzteschaft, die dauernd auf der Höhe der Errungenschaften der modernen Medizin steht, und so war es selbstverständlich, daß die eindringlichen und abgeklärten Worte, die der berühmte Kliniker Friedrich von Müller, München, und der einleitende Vortrag, den der Generalsekretär des Komitees für ärztliche Fortbildung, Prof. Mann, Berlin, sprach und hielt, ein lebhaftes und lautes Echo bei den badischen Ärzten hervorriefen, das in einer außerst anregenden und fruchtbringenden Aussprache über die Wege, die die ärztliche Fortbildung künftighin zu nehmen hat, zum Ausdruck kam.

Landtagsabgeordneter Burkhardt, Heidelberg, Präsident des Landesverbandes der badischen Gewerbes- und Handwerker-einigungen, hielt darauf einen Vortrag „Für Erhaltung und Freiheit von Handwerk und Gewerbe“, in welchem er die Not des Mittelstandes schilderte und darauf hinwies, wie dies Not dazu gezwungen hat, sogenannte Mittelstandsklassen für das Handwerk zu gründen, die in engstem Zusammenhang mit der Ärzteschaft ihrem Zwecke dienen müssen. In Parallele zu diesem Vortrag sprach Dr. Hamburger, Redarbischofsheim, über die Honorare in der Privatpraxis. Über den Kampf der Arzte gegen das Überhandnehmen des Korpulenzertums referierte der badische Delegierte der Deutschen Ärzteschaft zur Bekämpfung des Korpulenzertums, Prof. Dr. Friedländer, Freiburg.

Die diesjährige Herbsttagung wird in Mannheim stattfinden.